



AUS DEM ORTSVERBAND

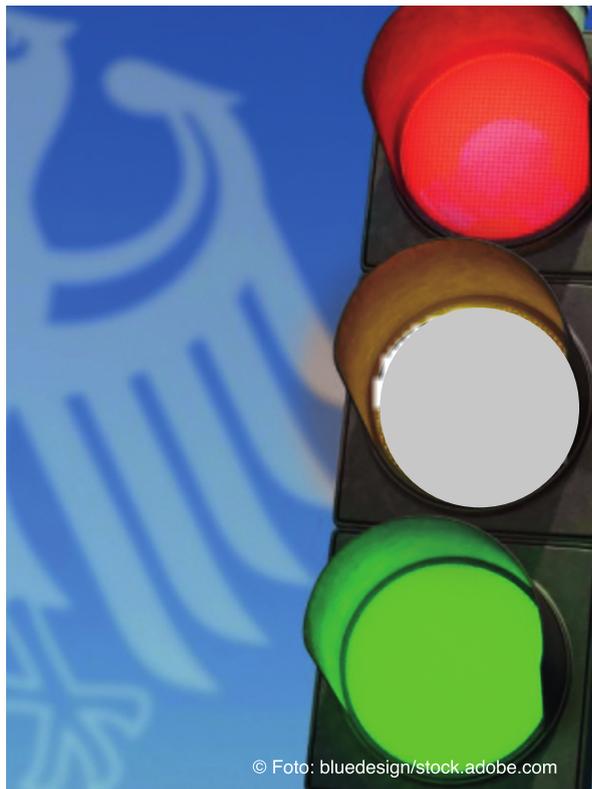
Ampel-Aus in Berlin – was ist wirklich wichtig für unsere Zukunft?

Mal ehrlich – wen wundert es ernsthaft, dass das Aus der Berliner Ampelregierung vor dem eigentlich anberaumten Wahltermin 28. September 2025 erfolgte? Welche Chance hatte diese Regierung, in Ruhe ihre Arbeit in den verschiedenen Ressorts zu erledigen?

Nicht nur die beiden großen Herausforderungen in der Bewältigung der Coronapandemie und der Sicherung der Energieversorgung in unserem Land durch den Verzicht auf billiges russisches Gas nach dem Überfall der Ukraine waren zu meistern. Es galt insbesondere, den innerdeutschen Querschüssen durch die Oppositionsparteien und einer hoch emotionalisierten Diskussionskultur standhaft Paroli zu bieten.

Aber das ist gar nicht so einfach, wenn harsche Kritik, beleidigende Äußerungen, diskreditierende Umgangsformen bis zu körperlichen Bedrohungen und Gewaltanwendungen insbesondere Grüne Politiker*innen aushalten mussten.

Das alles hatte Auswirkungen auch auf das Ampel-Binnenverhältnis und zehrte an den Kräften der Vertreter*innen der drei Fraktionen. Der Druck der Öffentlichkeit löste bei einigen Beteiligten einen wenig förderlichen Profilierungszwang aus. Im Anblick dessen befürworten wir das frühzeitige Beenden der Regierung durch den Bundeskanzler und wollen nun den Blick in die Zukunft richten.



© Foto: bluedesign/stock.adobe.com



Dagmar Krause-Bartsch
Ortsverbandssprecherin



Justin Beckers
Mitglied im Ortsverband

Robert Habeck hat sich entschieden, als Kanzlerkandidat der Grünen seinen Hut in den Ring zu werfen; er vertritt einen Politikstil, der durch demokratische Verantwortlichkeit, Mut, Widerstandskraft, Authentizität und Menschlichkeit charakterisiert ist. Er hat die volle Unterstützung durch uns in Rheinberg.

Bei aller Häme der Opposition über das vorzeitige Aus der Ampel-Regierung: Wichtig bleibt, sich bei der Wahlentscheidung im Februar zu vergewissern, was für unser Wohlergehen und für eine lebenswerte Zukunft wichtig ist. Eine lebenswerte Zukunft erreicht man nicht im Rückwärtsgang mit Rezepten aus dem vergangenen Jahrhundert, sondern nur mit der Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und einem solidarischen Miteinander. Dafür stehen wir auch in der nächsten Wahlperiode ein.

Positive Zeichen für die Sportanlage an der Xantener Straße!

Wenn es mit der finanziellen und baulichen Umsetzung klappt, könnten die Schulen, die Concordia Kicker und die Hockeyabteilung des TUS hoffnungsfroh nach vorne blicken.

Im letzten städtischen Sportausschuss wurden in der Folge eines durch die GRÜNE Fraktion eingebrachten Antrags Planungsänderungen einstimmig durch die Mitglieder beschlossen: Anstelle des alten Ascheplatzes wird nun nach der Sanierung des Stadions mit den Leichtath-

letikanlagen als anschließendes Modul ein Hockeyplatz einschließlich Flutlichtanlage errichtet, auf dem das Fußballspielen bis zur Landesliga verbandsmäßig zugelassen ist.

Hierdurch wird der geplante Kunstrasenplatz neben der neuen Turnhalle entbehrlich. Concordia Rheinberg beabsichtigt im Sommer die beiden Naturrasenplätze zu nutzen und in den nasskalten Monaten auf dem dann neuen Hockeyplatz zu spielen, wenn die Hockeyspieler*

Innen in der Halle sind. TUS Rheinberg (Hockey) stimmte dem Vorhaben zu.

Die Änderung lässt erhebliche Minderausgaben für die Stadt Rheinberg erwarten.



Peter Mokros
Ortsverbandssprecher

Igelschutz: Mähroboter nachts nicht nutzen!

Die Diskussion um Artenschutz und Artensterben ist allgemein bekannt. Allerdings ist beides für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung i.d.R. nicht sichtbar und findet im Verborgenen statt. Das ist leider auch beim Igel so. Der Igel (Braunbrustigel) ist bei den Menschen zumeist beliebt als gemütlicher und niedlicher Zeitgenosse. Leider hat der Igel davon nichts: Der Igel ist eine besonders geschützte Art und steht seit kurzem auf der bundesdeutschen Roten Liste.

Die Bestände des heimischen Igels sind bundesweit seit Jahren rückläufig. Ursachen sind der steigende Verlust von Lebensraum, wachsender Verkehr, Futtermangel durch Pestizide in der Landwirtschaft sowie Anpassungsschwierigkeiten an durch den Klimawandel veränderte Saisonzeiten. Auf der Suche nach Nahrung wandern die Tiere vermehrt in Parks und Gärten, wo sie einer weiteren Gefahr begegnen: automatisierte Mähroboter, die z.T. auch während der Dunkelheit betrieben werden.

Die nachtaktiven und reviertreuen Tiere haben keine Chance, dieser Gefahr zu entkommen, da ihr Schutzinstinkt (einrollen) sie besonders anfällig macht. Die Folge sind le-



bensgefährliche Verletzungen, an denen sie in der Wildnis in der Regel sofort oder im weiteren Verlauf versterben. Die offenen Wunden werden von Fliegen zur Madenablage genutzt und die Tiere werden lebendig von innen aufgefressen. Ohne direkte und massive Hilfe von Menschen bedeutet die Begegnung eines Igels mit einem Mähroboter in der Regel den sicheren Tod für das verletzte Tier. Der Absatz von Mährobotern steigt von Jahr zu Jahr und somit auch die Gefahr für Igel und andere Kleintiere. Bislang führen leider weder technische Bemühungen der Hersteller von Mährobotern noch Aufklärungskampagnen zu einem gegenteiligen Trend. Selbst laut Produktbeschreibung als sicher gekennzeichnete Fabrikate bieten laut unabhängigen Bewertungsportalen für Kleintiere (und z.T.

auch für Kleinkinder) bis heute keinen sicheren Schutz. Wir setzen uns für den Schutz des Igels ein und fordern, den nächtlichen Betrieb von Mährobotern aller Art auf dem Gebiet der Stadt Rheinberg grundsätzlich zu untersagen. Unser entsprechender Antrag fand im zuständigen Ausschuss der Stadt keine Mehrheit, da die Verwaltung juristische Vorbehalte geltend machte. Akzeptiert wurde aber eine Aufklärungskampagne sowie ein Schreiben an den Kreis Wesel, sich für den Igelschutz auf zuständiger Ebene einzusetzen.



Thorsten Reichert
Mitglied der Fraktion

Wir fordern Radwegsanierung am Reitweg



Ernst Barten
Mitglied der Fraktion

Am 26. Oktober hat Oliver Krischer, der Verkehrs- und Umweltminister von NRW, die Stadt Rheinberg zu einer Versammlung des Bürgerbus-Vereins NRW besucht. Wir haben die Gelegenheit genutzt und ihn gebeten, sich für ein aktuelles Problem einzusetzen:

Die L 10 (Straßenname Reitweg), die von Rheinberg-Vierbaum bis nach Moers-Rheinkamp führt, soll im Jahr 2025 generalsaniert werden.

Parallel dazu gibt es einen geteerten Radweg, der sowohl als Alltagsverbindung als auch für den Freizeitverkehr intensiv genutzt wird. Wir GRÜNE haben wiederholt auf den schlechten Zustand dieses Weges – zuletzt am 10. September 2024 – im Bauausschuss der Stadt Rheinberg hingewiesen und eine Sanierung dieser Wegstrecke angemahnt (Wurzelschäden, bergbaubedingte Verwerfungen, gepflasterte Zufahrten zu Feldern und Wiesen,



die keiner mehr benutzt, Frostaufbrüche, Flickstellen).

Laut Straßen.NRW, dem Baulastträger, wird zurzeit noch darüber beraten – eine Stellungnahme oder gar Entscheidung lässt noch auf sich warten.

Es wäre nahezu anachronistisch, wenn die L 10 (Reitweg) mit großem finanziellem Einsatz saniert würde, der Radweg aber in diesem desolaten Zustand zurückbliebe.

ROHSTOFFE – KIES, SALZ & KOHLE

Zwischen Niederrhein und Ruhrgebiet gelegen ist Rheinberg gleich vom Abbau mehrerer Bodenschätze betroffen.

Die Kohleförderung ist zwar eingestellt, doch einige Rheinberger Ortsteile werden wohl noch lange mit den Folgen der Steinkohleförderung leben müssen – insbesondere durch Grundwasserprobleme. Wir stehen dort klar hinter den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner, die nicht als Geschädigte fremden Unternehmertums zurückbleiben dürfen.

Beim Salzbergbau gibt es ähnliche Probleme, insbesondere im Rheinberger Norden. Dort jedoch ist der Abbau noch nicht beendet – im Gegenteil: Eine Ausweitung der Abbaufelder ist geplant.

Sollten Gutachten nahelegen, dass diese Ausweitung und die darauffolgenden Bergsenkungen zu Problemen, zum Beispiel ebenfalls bei der Grundwasserhöhe oder dem Hochwasserschutz, führen könnten, werden wir uns entschieden dagegen einsetzen.

Damit muss aus unserer Sicht Schluss sein. Wir fordern im Einzelnen:

*Stopp jeglicher Neuausweisung von Abbauflächen am bereits überproportional betroffenen Niederrhein
Festlegung, die Kies- und Sandgewinnung durch einen gesetzlich verbindlichen Degressionspfad auf den notwendigen Bedarf zu beschränken*

Stopp jeglicher Ausweisung neuer Kiesabbauflächen auch in der benachbarten Region bis zur sicheren Feststellung des regionalen Bedarfs OHNE Exporte

*Einführung einer gesetzlichen Rohstoffabgabe für die am Niederrhein geförderten Mengen an Kies und Sand
Verringerung des Bedarfs von Kies und Sand auf dem Stadtgebiet durch den Einsatz alternativer, nachwachsender oder recycelter Baustoffe*

Aktive Begleitung und Unterstützung der bestehenden Klage gegen den verabschiedeten Regionalplan am Oberverwaltungsgericht Münster

Kritische Begleitung der geplanten Abbaufelder im Salzbergbau und Unterstützung der bestehenden Bürgerinitiative

Der dritte Bodenschatz, der in Rheinberg ohne Rücksicht auf ein Morgen abgegraben wird, ist Kies. Die Folgen und der damit einhergehende Raubbau an unserer Landschaft, Natur und Heimat bedrohen besonders Vierbaum und Millingen. Vernichtet werden wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen und es entstehen künstliche Seen.



Ernst Barten
Mitglied der Fraktion

Durchfahrt Innenstadt: Das war wohl nichts!

Am 21. Juni 2023 hatte der Rat auf Antrag von CDU, SPD und FDP u.a. beschlossen, die ca. 60 m lange Durchfahrt am Holz-/Fischmarkt für den motorisierten Verkehr mit Ausnahme des Bürgerbusses von freitags 18 Uhr bis montags 6 Uhr zeitlich einzuschränken,

spätestens nach Abschluss der Pflasterreparatur in der Innstadtdurchfahrt die Linienbusse über die Wälle zu führen,

Schon in der damaligen Ratssitzung hatte die GRÜNE Fraktion die Wochenendsperrung der Durchfahrt am Alten Rathaus als „faulen Kompromiss“ bezeichnet. Dies hat sich bewahrheitet. **Diese von CDU, SPD und FDP favorisierte Variante hat sich als großer Murks erwiesen.**

Denn unschwer lässt sich erkennen, dass sich nur wenige Autofahrer an diese temporäre Sperrung halten und Kontrollen kaum stattfinden. Damit wird der Absicht, die Innenstadt attraktiver zu machen, den Konsument*innen ein sorgloses Flanieren zu ermöglichen, den Gaststättenbesucher*innen ein von Lärm ungetrübtes Außergastronomie-Erlebnis zu gewähren, Kindern ein sorgloses und ungefährliches Herumtollen auch zwischen den beiden fußläu-



figen Bereichen Gelderstraße und Marktplatz zu garantieren, ein Bärendienst erwiesen. Nun kommt hinzu, dass der Kreis Wesel und dessen Verkehrsplaner große Bedenken zur Verlegung der zentralen Bushaltestelle für den Linienverkehr auf die Wälle bzw. die Bahnhofstraße geäußert haben.

Mit der Verlagerung des Busverkehrs auf die Wälle war die Hoffnung verbunden, dass die Beschädigungen des Pflasters auf Orsoyer- und Rheinstraße ein Ende finden.

Obwohl das Pflaster der Nord-/Südachse in der Rheinberger Innenstadt aus den 2010er Jahren stammt, zeigten sich bald Lockerungen der Steine, die z.T. auch eine Gefährdung z.B. für den Fuß- oder Radverkehr darstellten. Um dies zu beheben, hat die Verwaltung Teilbereiche asphaltieren lassen. **Damit aber setzt sich der unschöne Flickenteppich, wie er in der Zeit vor der Sanierung schon jahrelang anzutreffen war und der ja eigentlich mit der Sanierung behoben werden sollte, fort.**

Um hier endlich Abhilfe zu schaffen, hat die GRÜNE Fraktion einen Antrag eingebracht.

Falls der Linienbusverkehr auf die Wälle verlagert wird, könnte das aktuelle Pflaster wahrscheinlich weiter verwendet werden.

Sollten die Busse weiter durch die Innenstadt fahren, ist wegen der zunehmenden Anzahl wie auch zukünftig des Gewichts der E-Busse zweifelhaft, ob mit dem gegenwärtigen Pflaster eine dauerhafte Lösung zu erzielen ist.

Eine durchgehende Asphaltierung wäre von den Gewichtsproblemen nicht so stark betroffen. Nachteil: Bei Arbeiten an Versorgungsleitungen, die unter dem Asphalt liegen oder verlegt werden müssen, entstünde ggf. ein Flickenteppich.

Hier muss nun bald ein Vorschlag von der Verwaltung präsentiert werden, welche Lösung sinnvoller ist. Das jetzige Flickwerk darf auf keinen Fall zum Dauerzustand werden!



Jürgen Bartsch
Fraktionssprecher

Gebäudeenergiegesetz: Was passiert mit der Förderung?

Ab 2027 gilt in der EU ein neues System zur Steuerung der CO₂-Emissionen aus Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas. Es löst die nationalen CO₂-Festpreise des Brennstoffemissionshandels (BEH) ab. Das neue System heißt Emission Trading System 2, kurz ETS II und ist von jedem EU-Staat in nationales Recht umzusetzen.

Im Jahr 2024 kostete die Tonne CO₂ im nationalen Handel 45 Euro, im Jahr 2025 wird sie 55 Euro kosten. Diese Situation wird sich mit dem erwähnten zweiten europäischen Emissionshandel, der ab 2027 in Kraft tritt, ändern. Im Rahmen dessen erfolgt eine Umstellung auf ein System, in dem Angebot und Nachfrage den Preis pro emittierte Tonne CO₂ bestimmen.

In Abhängigkeit der Entwicklung der CO₂-Emissionen bis Anfang 2027 ist mit einem Anstieg des Preisniveaus im ETS II zu rechnen. Ohne weitere Klimaschutzmaßnahmen ist ein drastischer Anstieg bei fossilen Brenn-

stoffen wahrscheinlich. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die im Handel verfügbaren Zertifikate jährlich um etwa 4 % verknappt werden, was weitere Steigerungen des CO₂-Preises wahrscheinlich macht.

Eine neue Bundesregierung ist verpflichtet, diesen Mechanismus anzuwenden, um ein EU-Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden. Die EVP-Fraktion (u.a. CDU im Europaparlament) befürwortet den Emissionshandel ausdrücklich als Klimaschutzmaßnahme in ihrem Wahlprogramm, ebenso befürwortet die FDP diesen marktwirtschaftlichen Ansatz.

Daher ist es bemerkenswert, dass die CDU den Versuch unternimmt, das Gebäudeenergiegesetz (GEG) der Ampel-Koalition aufzuheben, die aktuelle Förderung zu streichen und zum Gebäudeenergiegesetz 2020 der Regierung Merkel zurückzukehren.

Ein Rückfall zum GEG 2020, unter Abschaffung der aktuellen Förderung der Ampel-Regierung für Wärmepumpen (zwischen 50 und 70 %), kann theoretisch als Technologieoffen-

heit bezeichnet werden. Praktisch würde dies jedoch in bestimmten Fällen eine höhere finanzielle Eigenverantwortung für Eigentümer bedeuten und damit nicht unbedingt eine Erleichterung darstellen. Nach dem alten GEG sind nämlich mit Gas oder Öl betriebene Heizkessel, die vor 1991 eingebaut wurden, sowie jüngere Anlagen nach 30 Jahren zu ersetzen, soweit es sich nicht um Niedertemperatur-Heizkessel und Brennwertkessel handelt.



Jean Gervers
Mitglied des
Ortsverbandes

Ein Gespräch mit Elias*

Durch einen Zufall haben wir Elias* (Name geändert, das Gespräch wurde vor dem 8.12.2024 geführt) kennengelernt. Dieser junge Mann aus Syrien ist uns durch seine Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft bei einer Busfahrt aufgefallen. Darum haben wir uns entschlossen, seine Geschichte aufzuschreiben.

Hallo Elias,

Wie hast du in Deiner Heimat gelebt?

Ich bin im März 1992 in Syrien, in Damaskus, geboren, ich habe zwei Brüder und eine Schwester. Dort habe ich die Schule besucht und konnte studieren. 2013 habe ich den Bachelor in Betriebswirtschaft gemacht. Ich hatte einen Beruf und konnte eine Familie gründen. Ich bin Vater von drei Kindern. Uns ging es gut, bis die Einberufung zum Militär kam. In meinem Heimatland herrscht Krieg.

Die Familie und ich haben beschlossen, dass ich das Land verlasse, ich konnte nicht in diesen Krieg ziehen. Das Geld für die Flucht hat die Familie gemeinsam aufgebracht, meine Mutter hat z. B. ihren ganzen Schmuck verkauft.

Wie ist deine Flucht verlaufen?

Ich bin mit dem Flugzeug von Damaskus nach Libyen geflogen, dann wurde ich mit einem Kleinbus zur Küste gebracht. Das Holzboot war 12 Meter lang, wir waren 101 Personen und sollten 30 Stunden an Bord sein. Es war Sturm und die Motoren fielen aus, wir haben um unser Leben gebangt.

Ein Seenotrettungsschiff von „Open Arms“ hat uns entdeckt und an Bord geholt, dort blieben wir elf Tage und wurden gut versorgt. In Süditalien konnten wir endlich an Land gehen, hier hat Interpol Fingerabdrücke von uns genommen und überprüft, ob nach uns gefahndet wird.

Ich bin gestorben und habe nach der Rettung ein neues Leben bekommen.

Was hast du mitnehmen können?

Ich hatte nur das bei mir, was ich am Körper hatte, etwas Geld und meine Ausweispapiere. Ich musste alles zurücklassen. Nach einer Woche im Flüchtlingscamp wurden wir mit einem Bus nach Rom gebracht, dann in die Schweiz, nach Paris, nach Saarbrücken und nach Bochum.

Wir schliefen im Bus, essen konnten wir an

den Tankstellen. In Bochum habe ich bei der Zentralen Aufnahmestelle den Asylantrag gestellt. Von dort aus kam ich nach insgesamt 12 Monaten nach Rheinberg-Orsoy in die ZUE. Ich wurde zweimal befragt und habe nach drei Monaten dann endlich neue Papiere und eine Arbeitserlaubnis der Ausländerbehörde erhalten.

Ich arbeite seit ca. einem Jahr bei einer Firma in Moers in Nachtschicht, von abends 22 Uhr, bis morgens 6 Uhr, jede Nacht.

Wie geht es dir heute?

Es geht mir gut, ich schaffe das. In meiner Heimat ist immer noch Krieg. Ich muss stark sein, ich schaue nach vorne, nicht zurück.

Wovon träumst du heute?

Ich wünsche mir eine gute Arbeit, dass meine Familie zu mir kommen kann, und dass der Krieg zu Ende geht. An Deutschland schätze ich die Sicherheit, hier habe ich keine Angst mehr. Jeden Tag habe ich Kontakt zu meiner Familie, sie fehlt mir sehr.



Barbara Ettwig
Mitglied des
Ortsverbandes



Ulla Hausmann-Radau
Mitglied des
Ortsverbandes

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, Stadthaus Rheinberg, Rheinberg
Ortsverband Bündnis 90/Die GRÜNEN
c/o Ulla Hausmann-Radau, Grafschafter Straße 3c, 47495_Rheinberg
www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrüneRheinberg
Gestaltung, Satz, Bildbearbeitung und Druck:
TYPOGRAF Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14, Kamp-Lintfort
Ruf 02842/94622
typograf@johannes-tuschen.de